Ökumenischer Bericht
zur Religionsfreiheit
von Christen weltweit
2013

Das Recht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit:
Bedrohungen – Einschränkungen – Verletzungen

Gemeinsame Texte Nr. 21
Ökumenischer Bericht
zur Religionsfreiheit von Christen weltweit 2013

Das Recht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit:
Bedrohungen – Einschränkungen – Verletzungen
Gemeinsame Texte Nr. 21

Studie erstellt durch Dr. Theodor Rathgeber

Herausgegeben vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn,
und dem Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Hannover
Inhaltsverzeichnis

Zum Geleit .................................................................................................................. 6

A. Vom Recht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit ........................................ 8
   I. Hintergrund und Einführung zur Studie ............................................................... 9
   II. Begriffe und Methodik: die menschenrechtliche Perspektive ....................... 13
   III. Christen in der Welt: die Zahlen ................................................................. 19
   IV. Restriktionen und Trends in jüngerer Zeit:
      Zunahme von Einschränkungen und Anfeindungen .................................... 24

B. Ländersituationen ................................................................................................. 30
   V. Kursorische Übersicht ausgewählter Länder .............................................. 31
   VI. Vertiefende Länderbeispiele ......................................................................... 37

C. Resümee ................................................................................................................ 52

D. Anhänge ................................................................................................................ 56
   D.2. Quellen und Literatur: Weiterführende Informationen .............................. 58
   D.3. Glossar: Die wichtigsten Institutionen zum Schutz der Religionsfreiheit in den Vereinten Nationen ....................................................... 63
   D.4. Schaubild Religionszugehörigkeit ................................................................. 67
   D.5. Einzelfallbeispiele ......................................................................................... 68

E. Literatur .................................................................................................................. 74

Es steht nicht im Widerspruch zu diesem Engagement der Kirchen für die religiöse Freiheit aller, wenn wir uns zu unserem Auftrag bekennen, den christlichen Glau-
Wo die Situationen der Bedrängnis und die ihnen zugrunde liegenden Strukturen klarer erkannt werden, dort wächst die Chance eines klugen politischen Engagements, das die Lage der Betroffenen wirklich verbessert. Unser Bericht wendet sich daher sowohl an die Öffentlichkeit in Kirchen und Gesellschaft als auch an die politisch Verantwortlichen in unserem Land.


An vielen Orten der Welt macht man die Erfahrung: Wo Christen bedrängt werden, ist auch die Freiheit anderer religiöser Bekenntnisse unter Druck. So rückt auf den folgenden Seiten nicht selten das gemeinsame Leiden von Menschen unterschiedlicher Religionszugehörigkeit in den Blick. Wenn wir durch diesen Bericht die Solidarität mit den verfolgten Mitchristen stärken, wollen wir allen nahe sein, deren Freiheit und Recht missachtet werden.

Bonn und Hannover im Mai 2013

Erzbischof Dr. Robert Zollitsch
Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz

Dr. h.c. Nikolaus Schneider
Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland
A. Vom Recht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit
I. Hintergrund und Einführung zur Studie


In den vergangenen Jahren haben sich vermehrt Initiativen und Bündnisse gebildet, um Bedrohungen und Verfolgungen abzuwehren. Dabei galt die Solidarität und Unterstützung dieser Organisationen vorrangig den Angehörigen der eigenen Glaubensgemeinschaft. Protestantische und katholische Christen finden jedoch zunehmend Verbündete unter tibetischen Buddhisten, Bahais aus dem Iran, Uighuren aus dem Westen Chinas oder gemäßigten Muslimen in vielen Ländern der Welt, die ebenfalls eine Radikalisierung und fundamentalistische Auslegung ihrer Religion fürchten. Parallel dazu wird die Unterstützung von Christinnen und Christen in anderen Teilen der Welt durch eine Hilfe ergänzt, die sich völkerrechtlicher Normen bedient, um diejenigen staatlichen Strukturen und sozialen Institutionen zu verändern, die das Einschüchtern und Unterdrücken straffen durchgehen lassen oder gar verantworten. Die USA sind bislang allerdings – neben dem Heiligen Stuhl – der einzige gewichtige politische Akteur geblieben, der die Durchsetzung der völkerrechtlich bindenden Religions- und Weltanschauungs freiheit zum institutionalen Bestandteil der (Außen-)Politik erhoben hat.\(^5\)

Es ist legitim und wichtig, über die Bedrängung und Verfolgung von Christen zu berichten und die Schwere verletzter Rechte zu dokumentieren. Ob es eine generelle, typische Verfolgungssituation für Christen gibt, die sich fundamental von derjenigen gegenüber anderen Religio-

---


I. Hintergrund und Einführung zur Studie

Schaubild 1a:
Restriktionen (Einschränkungen) der Religionsfreiheit weltweit

Einschränkungen durch Regierungsführung oder soziale Anfeindungen gegen Religionen

Trend zum Schlechteren
Prozentangaben zur Weltbevölkerung in Ländern, in denen Restriktionen durch Regierungshandeln oder soziale Anfeindung vorkommen

Wer sind die Täter?
Anzahl der Länder, in denen Religionsgemeinschaften Gewalt oder missbräuchliches Vorgehen erleben

Quelle für 1a und 1b: Pew Research Centre / Pew Forum on Religion and Public Life (2011a); Rising Restrictions on Religion. One-third of the world’s population experiences an increase, S. 9 ff., 23 ff., 40 f., 45 ff., 58 f., 63 ff., 90 ff.


Schaubild 1b:
Restriktionen (Einschränkungen) der Religionsfreiheit weltweit

<table>
<thead>
<tr>
<th>Wer sind die Betroffenen?</th>
<th>Christen</th>
<th>Muslime</th>
<th>Juden</th>
<th>Buddhismen</th>
<th>Hindus</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Sehen sich mit Einschränkungen konfrontiert in...</td>
<td>130 Ländern</td>
<td>117 Ländern</td>
<td>75 Ländern</td>
<td>16 Ländern</td>
<td>27 Ländern</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Das Gesetz schränkt Religionsfreiheit ein oder verneint diese in 157 Ländern
Das öffentliche Bekenntnis wird staatlicherseits eingeschränkt in 131 Ländern
Der Religionswechsel wird von Staats wegen begrenzt in 38 Ländern
Das Tragen religiöser Symbole ist gesetzlich reguliert in 53 Ländern
Religiöse Gruppen sind formell verboten in 40 Ländern
Vom Mob ausgehende Gewalt gegen Religionen in 53 Ländern
Terroristische Gruppen mit religiösem Bezug sind aktiv in 74 Ländern
Belästigungen von Frauen wegen Nichtbeachtung religiöser Kleidervorschriften in 33 Ländern

Quelle: siehe Schaubild 1a
II. Begriffe und Methodik: die menschenrechtliche Perspektive


Beide Kirchen haben sich dafür eingesetzt, dass bei der Beurteilung im Rahmen eines Asylverfahrens, ob ein Mensch aus religiösen Gründen verfolgt wird, ein weiter Begriff der Religionsfreiheit zu Grunde gelegt wird und auch die öffentliche Ausübung der Religionsfreiheit geschützt ist. Unterstützung erfuhren dieser Ansatz und dieses Engagement in jüngerer Zeit durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH). Dieser hatte im September 2012 festgestellt, dass Gläubigen der Flüchtlingsschutz nicht mit dem Hinweis verwehrt werden dürfe, sie könnten sich, um keine Verfolgung auf sich zu ziehen, religiöser Aktivitäten und öffentli-


7 Vgl. die gemeinsamen Stellungnahmen des Bevollmächtigten des Rates der EKD und des Leiters des Kommissariats der deutschen Bischöfe.
Vom Recht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit


Die vorliegende Studie versucht, dem Dilemma der subjektiven Zuschreibung und der ihr innewohnenden Brisanz und den davon zu unterscheidenden, rechtlich greifbaren Tatbeständen zu entgehen, indem die Lage verfolgter und bedrängter Christen mit Hilfe eines normativen Rasters erfasst wird. Mit dem Rekurs auf die Menschenrechte liegt ein Instrumentarium vor, das aufgrund seiner völkerrechtlich verpflichtenden Vertrags-

---


II. Begriffe und Methodik: die menschenrechtliche Perspektive

struktur sowie gewohnheitsrechtlichen Regeln den Anspruch auf universelle Gültigkeit stellen kann. Es handelt sich um Normen, die dazu beitragen sollen, den öffentlichen, gesellschaftlichen Raum durch staatliches Handeln so zu gestalten, dass ein Höchstmaß an freier, individueller Entscheidung über eine (oder auch keine) Zugehörigkeit zu einer Religion oder Weltanschauung ermöglicht wird.


**Art. 18.3:** Die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu bekunden, darf nur den gesetzlich vorge sehenen Einschränkungen unterworfen werden, die zum Schutz der öffentlichen Sicherheit, Ordnung, Gesundheit, Sittlichkeit oder der Grundrechte und -freiheiten anderer erforderlich sind.13

Eine Aussage über die Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit, die Dynamik, Vielfalt und Ausdrucksmöglichkeiten in einem Land wird daher die Frage zur Grundlage haben, inwieweit grundsätzlich Einschränkungen vorliegen und ob diese gegebenenfalls den Vorgaben des Artikels 18. Abs. 3 genügen. Die für den vorliegenden Bericht herangezogenen Studien wen-

---


11 S. vollen Wortlaut in deutscher Sprache im Anhang D.1.


den den Begriff der Einschränkung in zweifacher Weise an: Einschränkungen (Restriktionen, Verbote) können das Ergebnis gesetzgeberischer Tätigkeit und von aktivem Regierungshandeln (government restriction) oder aber das Ergebnis von nichtstaatlicher Einwirkung auf Gläubige oder eine Glaubensgemeinschaft (social hostility) sein. Letzteres tritt oft Hand in Hand mit unterlassenem Regierungshandeln auf.\(^{14}\)

Eine Einschränkung kann durch staatliche Akteure in Form von Gesetzen, politischen Programmen, Verwaltungshandeln in Bezug auf religiöse Angelegenheiten und Institutionen (z. B. Schulcurricula), Bevorzügungen bestimmter Religionen und Denominationen durch die Regierung in Form von Subventionen und Privilegien, formeller und informeller Unterstützung, begünstigenden Sanktionen oder privilegiertem Zugang zu regierungsgestützten Fonds vorliegen. Alle Ebenen der jeweiligen Regierung müssen dafür in den Blick genommen werden. Eine Einschränkung kann jedoch auch Aktionen durch nichtstaatliche Akteure meinen, die sich in Debatten um gesellschaftlich etablierte ethische Leitsätze zur (In-)Toleranz einmischen, andere, neue oder dissidente Religionsgemeinschaften anfeinden, die faktische Ausübung des Glaubens in lokalen Kontexten zu verhindern und folglich sozial feindliche Aktivitäten beschreiben\(^{15}\). Häufig sind solche Aktionen nur möglich, wenn staatliche Sicherheitskräfte erst gar nicht vor Ort sind, bei Übergriffen auffällig zu spät kommen oder tatenlos zuschauen.

---


\(^{15}\) Pew Research Centre / Pew Forum on Religion and Public Life (2009b); dass. (2009c); dass. (2011a); dass. (2012b), op. cit., Anhänge 1–4.

---

Restriktion


Zum anderen wurde ein Index über soziale Anfeindungen (Social Hostilities Index; SHI) erarbeitet. Er bemisst feindlich gesinntes Handeln aufgrund religiöser Zugehörigkeit durch Individuen, Organisationen und Gruppen. Dieser Index umfasst 13 Merkmale wie Gewalt, die von Mobs oder Sektierern ausgeht.


Die Restriktionen der Religions- und Weltanschauungsfreiheit werden an verschiedenen Orten und durch unterschiedliche Institutionen beobachtet, untersucht und ausgewertet. Im Menschenrechtssystem der VN werden Tatbestände genannt und nahe an der Lebenswirklichkeit der Rechtsträger (hier der Gläubigen) beschrieben sowie die besonderen Bedingungen im Land oder in der Region berücksichtigt. Aus der Summe dieser Referenzen lassen sich eindeutige Aussagen über die Verletzung von Rechten durch Regierungshandeln oder durch soziale Anfeindungen treffen. Geschützt ist die Ausübung der Religion oder Weltanschauung nicht nur in einer persönlichen Umgebung (forum internum), sondern gerade in der öffentlichen Praxis etwa beim gemeinsamen Beten, beim Abhalten von Gottesdiensten, Prozessionen, in der Lehre und in der Werbung für den eigenen Glauben bzw. in der Mission (forum externum). Der Staat bzw. die Regierung hat die Aufgabe, die Menschenrechtsnorm, im vorliegenden Kontext also die Religions- und Weltanschauungsfreiheit, zu achten, zu schützen und zu gewährleisten.


Ein Begriff wie Martyrium, welcher einen religiösen Kontext aufruft, kommt im Begriffskanon des VN-Menschenrechtsregimes nicht vor. Verfolgung hingegen kann im Rahmen der VN nach Schwere differenziert werden: Als schwerwiegend gelten Verletzungen der Menschenrechte, die gewaltförmig verübt werden und Leib und Leben bedrohen: Folter, Verschwindenlassen, außergerichtliche Tötungen, physische Angriffe oder...


20 So z. B. das VN-Hochkommissariat für Menschenrechte.


21 D. h. in Bezug auf das Recht auf Leben, Schutz vor Folter oder inhumaner, erniedrigender Behandlung, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Zugang zu einem fairen Gerichtsverfahren und andere rechtsstaatliche Garantien.

22 Weitere Erläuterungen zur Methodik im Anhang D.2.

III. Christen in der Welt: die Zahlen


Schaubild 2: 
Verteilung christlicher Glaubensgemeinschaften im historischen Vergleich

1910

66,3 % Europa

27,1 % Süd-/Mittel-/Nord-Amerika

1,4 % Afrika /Südlich der Sahara

0,7 % Nord-Afrika/Mittlerer Osten

2010

25,9 % Europa

36,8 % Süd-/Mittel-/Nord-Amerika

23,6 % Afrika/Südlich der Sahara

0,6 % Nord-Afrika/Mittlerer Osten

4,5 % Asien/Pazifik

0,6 % Asien/Pazifik


28 Vgl. auch Todd M. Johnson / Kenneth R. Ross [Hg.] (2009), op. cit.; s. auch die interaktive Übersicht auf der Homepage des Pew Research Centre, abrufbar via http://features.pewforum.org/global-christianity/map.php#/global,ALL.

Bei näherem Betrachten ergeben sich einige Besonderheiten in der geographischen und demographischen Verteilung christlicher Glaubensgemeinschaften. Aus dem nachfolgenden Schaubild lässt sich entnehmen, dass die drei Länder mit der höchsten Anzahl an Christen in Amerika liegen: USA, Brasilien und Mexiko. Sie allein stellen knapp ein Viertel aller Christen (rund 24 Prozent), kaum weniger als der Gesamtanteil Europas (25,9 Prozent) und ungefähr gleich viel wie der gesamte Anteil der Sub-Sahara-Länder (23,6 Prozent). Brasilien zählt mehr als doppelt so viele Christen wie Italien.


In Deutschland gehören rund 58 Millionen Menschen einer christlichen Glaubensgemeinschaft an; das sind etwa 70 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die Zahl der Gläubigen ist bei Protestanten (ca. 23,62 Millionen) und der römischen-katholischen Kirche (ca. 24,47 Millionen)

31 Vgl. ibid., Tabellen ab S. 71 ff.
A. Vom Recht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit

**Schaubild 3:**
Die 10 Länder mit der größten Anzahl an Christen 2010

<table>
<thead>
<tr>
<th>Land</th>
<th>geschätzte Anzahl Christen</th>
<th>prozentualer Anteil von Christen an der nationalen Gesamtbevölkerung</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>USA</td>
<td>246.780.000</td>
<td>79,5 %</td>
</tr>
<tr>
<td>Mexiko</td>
<td>107.780.000</td>
<td>95,0 %</td>
</tr>
<tr>
<td>Brasilien</td>
<td>ca. 175.770.000</td>
<td>90,2 %</td>
</tr>
<tr>
<td>Russische Föderation</td>
<td>ca. 105.220.000</td>
<td>73,6 %</td>
</tr>
<tr>
<td>Deutschland</td>
<td>ca. 58.240.000</td>
<td>70,8 %</td>
</tr>
<tr>
<td>Nigeria</td>
<td>ca. 80.510.000</td>
<td>50,8 %</td>
</tr>
<tr>
<td>Äthiopien</td>
<td>ca. 52.580.000</td>
<td>95,7 %</td>
</tr>
<tr>
<td>Philippinen</td>
<td>ca. 86.790.000</td>
<td>93,1 %</td>
</tr>
<tr>
<td>China</td>
<td>ca. 67.070.000</td>
<td>5,0 %</td>
</tr>
<tr>
<td>Demokratische Republik Kongo</td>
<td>ca. 63.150.000</td>
<td>70,8 %</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Alle 10 Länder zusammen: ca. 1.043.880.000 (40,4 % weltweit)

Restliche Welt: ca. 1.140.180.000 (6,3 % weltweit)


36 Zu weiteren Details und der Verteilung auf Regionen und Länder s. dass. (2012a), op. cit., S. 9 ff. und Tabellen ab S. 45.
IV. Restriktionen und Trends in jüngerer Zeit: Zunahme von Einschränkungen und Anfeindungen


IV. Restriktionen und Trends in jüngerer Zeit: Zunahme von Einschränkungen und Anfeindungen


Das Maß an Beschänkungen ist dort fünf Mal größer als in Süd-, Mittel- und Nordamerika (Wertung 1,0). Das zweithöchste Mittel wird für die Region Asien-Pazifik gemessen (Wertung 3,3). In diesen mittleren Wert fließen sowohl die Daten aus rechtsstaatlichen und demokratiefreundlichen Ländern wie Japan, Taiwan und Südkorea ein wie von autoritä regierten Ländern wie China und Myanmar. Die kritische Lage des Menschenrechts auf Religions- und Glaubensfreiheit in einigen Ländern Osteuropas trägt hauptsächlich dazu bei, dass Europa nur im Mittelfeld platziert ist (Wertung 1,9). Allerdings haben auch restriktive Maßnahmen westeuropäischer Länder gegen Gruppen, die als gefährlich oder sektiererisch gelten, den Restriktionsindex negativ beeinflusst. Länder der Sub-Sahara erreichen so eine bessere Wertung (1,4). Amerika schneidet am besten ab (1,0).42

Schaubild 4:
Länder mit einem hohen Maß an Restriktionen durch Regierungshandeln

43 Dass. [2011a], op. cit., S. 12.
44 Dass. [2012b], op. cit., S. 10 und 52 ff.
In knapp zwei Dritteln aller Länder (63 Prozent) haben Anzahl und Ausmaß an Restriktionen zugenommen. Lediglich ein Viertel (25 Prozent) verzeichnete eine Abnahme. Länder mit einem hohen Maß an Einschränkungen durch Regierungshandeln weisen eine Gemeinsamkeit auf: Es lässt sich beobachten, dass die Existenz von Staatsreligionen, die privilegierte Behandlung von Religionsgemeinschaften oder eine ideologisch rigorose Haltung gegenüber Religionen die Gesellschaftspolitik oft so stark bestimmen, dass alternative Politik- oder Gesellschaftsentwürfe teilweise mit Gewalt unterdrückt werden. Das per Referendum ausgesprochene Verbot zum Bau von Minaretten in der Schweiz wird ebenfalls als ungerechtfertigte Restriktion bewertet, wenngleich die Schweiz ein insgesamt niedriges Maß an Restriktionen aufweist, wie auch in weiteren 93 Ländern (48 Prozent aller Länder) die Restriktionen eher gering ausfallen. Unter den bevölkerungsreichen Ländern kommen Japan und Brasilien in beiden Ratings auf die niedrigsten Werte.\textsuperscript{45}


\textsuperscript{45} Ibid., S. 12.
\textsuperscript{47} Ibid.
Schaubild 5:
Länder mit hohem Maß an Restriktionen durch soziale Anfeindungen

Somalia
Sudan
Nigeria*
Ägypten*
Indonesien
Sri Lanka
Saudi Arabien
Afghanistan
Russische Föderation*
Israel
Palästinensische Gebiete*
Irak
Pakistan
Bangladesh
Indien
Jemen*
Südasien

Mitte 2009
Mitte 2010* neu hinzugekommen

48 Dass. [2011a], op. cit., S. 22.
49 Dass. [2012b], op. cit., S. 11 und 55 ff.


In absoluten Zahlen nehmen Restriktionen sowohl durch Regierungshandeln als auch durch soziale Anfeindungen in Europa, dem Mittleren Osten, Nordafrika und der Sub-Sahara-Region zu. In allen Teilen Amerikas haben insbesondere die Eingriffe durch Regierungshandeln zugenommen, in Asien und dem Pazifik die Beeinträchtigungen durch soziale Anfeindungen. Die meisten Länder mit stark negativen Veränderungen befinden sich in der Sub-Sahara-Region. Europa und Amerika weisen die wenigsten Länder mit Restriktionen auf. Viele Länder mit sehr schlechten Bewertungen kommen aus dem Mittleren Osten und Asien, d. h. aus Gebieten, in denen oft eine Religion Privilegien erfährt und andere davon ausgeschlossen werden.  

Kanada


---

50 Ibid., S. 19.

51 Ibid., S. 24 ff.
B. Ländersituationen

V. Kursorische Übersicht ausgewählter Länder


In gesellschaftlichen Übergangsphasen entsteht der Wunsch nach größeren Freiräumen, und zugleich wächst die Furcht vor dem Verlust gewachsener Vorteile. Im Irak hat der gewaltsamige Konflikt zwischen Schiiten und


In Brunei fördert die Regierung den sunnitischen Zweig des Islam und behindert andere Religionen, indem etwa Hauskirchen oder die Heirat von Muslimen mit Nichtmuslime, soweit Letztere nicht konvertieren, verboten
sind. Unter Strafe steht ebenso die öffentliche Lehre von anderen, „abweichenden“ Konfessionen. Demgegenüber weisen die religiösen Gruppen auf eine lange Geschichte friedlicher Koexistenz hin.\textsuperscript{62}

\textbf{In Eritrea} ist insgesamt ein Niedergang beim Respekt und Schutz der Menschenrechte zu beobachten. Prominente Angehörige religiöser (registrierter wie nichtregistrierter) Gruppen werden überwacht, inhaftiert, gefoltert und medizinisch nicht behandelt. Im Bericht des US State Department wird die Zahl der Inhaftierten aus religiösen Gründen für 2012 auf bis zu 1.500 geschätzt.\textsuperscript{63} Amtliche Registrierungen werden willkürlich vorgenommen und sind bislang auf vier Religionsgemeinschaften beschränkt: die eritreisch-orthodoxe Kirche, die evangelisch-lutherische Kirche, die römisch-katholische Kirche und die Sunniten. Die Registrierung erfordert u. a. das Offenlegen jeglicher ausländischer Unterstützung. Der Bau von Gebetsstätten, der Druck und die Verteilung von religiösen Schriften bedürfen in jedem Einzelfall einer amtlichen Genehmigung. Soziale Feindseligkeiten richten sich gegen Zeugen Jehovas und Pfingstler.\textsuperscript{64}


\textsuperscript{62 Einzelheiten zu Brunei s. Pew Forum on Religion and Public Life (2012a), S. 45; United States Department of State (2012dd).}

\textsuperscript{63 Vgl. United States Department of State (2012j).}

\textsuperscript{64 Einzelheiten zu Eritrea s. Pew Forum on Religion and Public Life (2012a), op. cit., S. 46; United States Department of State (2012j); Human Rights Watch (2013), op. cit., S. 108 ff.}

\textsuperscript{65 Muslime machen 98 Prozent der Gesamtbevölkerung aus, davon sind 89 Prozent Schiiten und 9 Prozent Sunniten, im Wesentlichen mit turkmenischem, arabischem, baluchischem und kurdischem Hintergrund.}

\textsuperscript{66 Einzelheiten zum Iran s. Pew Forum on Religion and Public Life (2012a), op. cit., S. 47; United States Department of State (2012m); Human Rights Watch (2013), op. cit., S. 537 ff.}


V. Kursorische Übersicht ausgewählter Länder

In **Sri Lanka** ist die Religions- und Weltanschauungsfreiheit per Verfassung und Gesetz theoretisch geschützt. Es häufen sich jedoch Meldungen, dass der Wiederaufbau des tamilisch dominierten Nordens nach dem Ende der bewaffneten Auseinandersetzungen 2009 zwischen Regierung und tamilischen Rebellen von einer unausgesprochenen Politik der Anpassung an Werte und Sprache der singhalesischen und buddhistischen Mehrheit begleitet wird. Attacken nationalistischer buddhistischer Mönche auf Tamilen (Hindus) und Muslime werden ebenso wenig von den Behörden verfolgt wie die Zerstörung von Hindu-Tempeln und Moscheen. Die seelsorgerliche Tätigkeit christlicher Glaubensgemeinschaften im Norden unterliegt misstrauischer Beobachtung seitens des Militärs und der Staatssicherheit oder wird komplett untersagt. Es dominiert die Furcht, aus der Intimität pastoraler Gespräche könnten Informationen über erlittene Kriegsverbrechen durch die Armee an die Öffentlichkeit dringen. Christliche Gemeinden, die in jüngerer Vergangenheit gegründet wurden, haben Schwierigkeiten, Genehmigungen zum Bau kirchlicher Räume zu erhalten. Buddhistische Radikale versuchen durch Einschüchterungen, Christen an der öffentlichen Ausübung des Glaubens zu hindern.\(^{70}\)


---


---


VI. Vertiefende Länderbeispiele

Ägypten


Äthiopien

Ernsthafte Beeinträchtigungen des religiösen Lebens gehen von einem Gesetz zur Limitierung ausländischer Hilfen aus, das jedoch nicht spezifisch auf religiöse Einrichtungen gemünzt war, sondern der Regierung vor allem die Kontrolle über zivilgesellschaftliche Organisationen ermöglichen sollte, die sich u. a. in der Durchsetzung der Menschenrechte engagieren. Vor allem protestantische Gruppen sind damit beschäftigt, die zwischen 1977 und 1991 konfiszierten Güter zurückzuerhalten, um kirchliche Einrichtungen zu führen.


China


Anders stellt sich die Lage in den unter autonomen Verwaltung stehenden Territorien Hongkong und Macau dar. Das Grundgesetz und andere Gesetze in Hongkong erkennen die Religions- und Weltanschauungsfreiheit an. Die Regierung respektiert dieses Recht und handelt weitgehend gesetzeskonform. Rund 43 Prozent der Bevölkerung praktizieren eine Religion, davon rund 1,5 Millionen Buddhismus und Taoismus, teilweise im selben Tempel. Die protestantische (320.000) und die rö-
misch-katholische Kirche (350.000) sind ungefähr gleich groß. Religiöse Gruppierungen sind, anders als zivilgesellschaftliche Organisationen, von der Registrierung befreit. Auch aus dem autonomen Gebiet Macau sind keine gravierenden Restriktionen der Religions- und Weltanschauungsfreiheit bekannt.79

**Kanada**


Die Provinzregierung in Quebec kündigte an, dass es Bediensteten in Justizvollzugsanstalten zukünftig erlaubt sein wird, Kopftücher zu tragen. Eine Muslima hatte wegen Diskriminierung eine Beschwerde bei der regionalen Menschenrechtskommission eingereicht. Der Oberste Gerichtshof der Provinz British Columbia entschied, dass Polygamie trotz einer Berufung auf Religionsfreiheit zurecht verboten ist, und führte aus, dass andernfalls gegen die Rechte der Frau und des Kindes verstoßen würde. Der Eingriff in die Religionsfreiheit sei hinzunehmen. Die Provinzregierung von Quebec verbot die religiöse Unterweisung und religiöse Aktivitäten in Kindertagesstätten, soweit diese vom Staat Unterstützung erhalten. Damit solle der offene und auf Vielfalt an-
gelegte Charakter der Einrichtungen gewahrt bleiben. Ähnlich befasste sich das Berufungsgericht in Quebec mit der Frage, inwieweit während der Versammlungen des Stadtrates katholische Symbole im Raum verbleiben und die Sitzungen weiterhin mit einem Gebet eröffnet werden dürfen. Eine Vorinstanz hatte entschieden, dass Gebet und Symbol nicht zulässig seien.

In der Provinz Saskatchewan wies das Berufungsgericht die Klage einer Standesbeamtin zurück, die sich aus religiösen Gründen geweigert hatte, die Ehe zwischen einem gleichgeschlechtlichen Paar zu schließen.80 Unbe- schadet des noch offenen Ausgangs einiger Verfahren verdeutlichen diese Beispiele, dass in Kanada zunehmend rechtsstaatliche Mittel in Anspruch genommen werden, um die Berücksichtigung und Rangordnung von Werten im gesellschaftlichen Raum neu zu justie- ren. Aus der Perspektive religiöser Gruppierungen birgt dieses Vorgehen die Gefahr, dass in Bezug auf staatliches Handeln der Aspekt der Neutralität in den Vordergrund rückt und religiöse Werte aus dem öffentlichen Raum zusehends verdrängt werden. Auf diese Weise entferne sich die Gesellschaft nicht nur vom Gründungsmythos Kanadas als Hort für Angehörige verfolgter Glaubensgemeinschaften. Die Angehörigen solcher Gruppierungen sehen sich ihrerseits in ihren Grundrechten auf ein religiöses Umfeld verletzt, das ihnen und ihren Kindern eine angemessene selbstbestimmte Lebensführung mit Priorität auf religiöse Werte ermöglicht. Die Auseinandersetzung darüber wird so schnell nicht entschieden werden. Überzogen ist jedoch die von Einzelnen vertretene Meinung, mit der konsequenten Umsetzung des neuen Strebens nach einem säkularen Staat müsste Kanada zu denjenigen Staaten gezählt werden, die das Recht auf Religionsfreiheit in schwerem Maße verletzen.81

Indonesien

Nicht ganz so frei ist auch die Religionsausübung. Der Verfassungstext gewährt nur sechs von über 300 in Indonesien beheimateten Religionen Rechtsschutz. Das

82 S. http://www.freedomhouse.org/country/indonesia.
B. Ländersituationen


84 S. http://www.youtube.com/watch?v=iLb9VSI9BCw.
VI. Vertiefende Länderbeispiele

**Malediven**


**Nigeria**


Nigeria ist das bevölkerungsreichste Land der Sub-Sahara-Region und weist mit rund 80 Millionen Christen die meisten Angehörigen dieser Glaubensgemeinschaft in der Region auf. Kaum weniger zählen die muslimischen Gemeinden mit etwa 77 Millionen im Land. Es handelt sich hierbei um Schätzungen, da die Regierung Nigerias aufgrund der konflikträchtigen Beziehungen zwischen Christen und Muslimen seit 1963 auf die Erfassung per Zensus verzichtet. Die christlichen Kirchen setzen sich zu 60 Millionen aus Protestanten, zu 20 Millionen aus

---

Katholiken und zu rund 750.000 aus Angehörigen anderer christlicher Glaubengemeinschaften zusammen. Die höchsten Zuwächse in jüngerer Zeit verzeichnen Pfingstkirchen.88


Das Regierungshandeln trägt zwar nicht direkt zur faktischen Verschlechterung der Religionsfreiheit in einigen Gebieten Nigers bei. Die oft ineffektiven Reaktionen der Behörden auf Überfälle durch die Boko Haram-Fundamentalisten, die schleppenden Untersuchungen und geringen Fahndungserfolge bei lokaler Gewalt lassen jedoch ein Klima der Straflosigkeit entstehen, das wiederum weitere soziale Anfeindungen begünstigt. Eine seit 2008 angedachte Wahrheits- und Versöhnungskommission ist Stückwerk geblieben. Weder bundesstaatliche noch Landes- und Kommunalbehörden haben die Ursachen für die sozialen Anfeindungen und Ausbrüche kommunaler Gewalt aufgearbeitet, wie sie vor allem im Middle Belt vorkommt.89

Pakistan

Rund 168 Millionen Einwohner sind Muslime (95 Prozent der Gesamtbevölkerung), davon rund 75 Prozent


In einem solchen gesellschaftlichen Umfeld können nichtstaatliche Angreifer gegen religiöse Minderheiten darauf vertrauen, dass ihre Taten allenfalls milde bestraft werden oder straflos bleiben. Menschenrechtsverteidiger und Minderheitenvertreter wagen es aufgrund der allseits wachsenden Intoleranz inzwischen kaum noch, sich öffentlich für religiöse Toleranz und gesetzgeberische Reformen einzusetzen. Auch unter Muslimen werden Befürworter von Reformen und Pluralismus bedroht, wie die Sufisten. Radikale Muslime können in
manchen Landesteilen wie Baluchistan offen drohen, dass bei Nichtbefolgen ihrer fundamentalistischen Auslegung des Korans harte Strafen verhängt werden. Diese Drohung richtet sich nicht zuletzt an Muslime, insbesondere an Angehörige der Ahmadiyya, Sufis oder Schiiten. Es überrascht nicht, dass in einer derart polarisierten Situation der Zugehörigkeit zu einer Religion im Alltag eine enorme Bedeutung zukommt.


Philippinen


**Russische Föderation**


Aufgrund der mit dem Nordkaukasus assoziierten, gewaltförmigen Konflikte haben sich Stereotypen gegen Muslime entwickelt oder verstärkt. Das erschwert die Unterscheidung, inwieweit ein Vorfall als Intoleranz auf Basis der Ethnie oder der Religion auszulegen ist. Der Rekurs auf die Anti-Terror-Gesetzgebung und die

---


Eine immer noch unbewältigte Altlast stellen die in der Sowjetzeit konfiszierten Güter, Grundstücke und Ländereien dar. Zwar wurden viele Kirchen, Synagogen, Moscheen und andere Einrichtungen mit religiöser Bestimmung mittlerweile zurückgegeben. Aber selbst die vier traditionellen Glaubensgemeinschaften halten diesen Vorgang bei weitem nicht für abgeschlossen, von den anderen gar nicht zu reden. Das neueste Gesetz aus dem Jahr 2010 zur Rückgabe religiösen Eigentums werde nur inkonsequent umgesetzt, so die vielfältigen Kommentare.\(^\text{94}\)

\[\text{Türkei}\]


Es sind aber auch positive Entwicklungen zu erkennen. So hat die Regierung im August 2011 die Rückgabe konfiszierter Güter oder ersatzweise Entschädigungszahlungen in Aussicht gestellt. Mit gleichem Dekret wurde die Bildung neuer religiöser Stiftungen erlaubt. Seit 2010 räumt die Regierung die Möglichkeit ein, einmal im Jahr in historischen Stätten Gottesdienste zu feiern, die in staatliche Museen umgewandelt worden waren. Aus unterschiedlichen Gründen machen sich inzwischen auch Bürgermeister dafür stark, solche Öffnungen häufiger zu gewähren.95

Vietnam


her, solche Eigenmächtigkeiten lokaler Behörden durch Beschwerden bei nächst höheren Instanzen wirksam einzudämmen.


Immerhin hat die nationale Regierung in jüngerer Zeit Hunderte von neuen Gebetsplätzen genehmigt, religiöse Gruppierungen neu registriert und große Gebetsveranstaltungen mit über 100.000 Teilnehmenden erlaubt. Auch gibt es inzwischen regelmäßige Treffen der Regierung mit religiösen Führungspersonen, um über das Verfahren der Registrierung religiöser Organisationen sowie ihre Anerkennung als Rechtsperson zu sprechen.96

C. Resümee


Die Auswertung der Dynamiken und Trends entlang geographischer Aufteilungen fördert zutage, dass die Restriktionen sowohl durch Regierungshandeln als auch durch soziale Anfeindungen in Europa, dem Mittleren Osten, Nordafrika und der Sub-Sahara-Region zunehmen. Die meisten Länder mit stark negativen Veränderungen befinden sich in der Sub-Sahara-Region Afrikas. Viele Länder mit sehr schlechten Bewertungen befinden sich im Mittleren Osten und in Asien, d. h. in Regionen, in denen häufiger eine Religion Privilegien genießt und andere an den institutionellen, gesellschaftlichen Rand gedrängt oder gar ausgeschlossen werden. In allen Teilen Amerikas haben die Eingriffe durch Regierungshandeln zugenommen, in Asien und dem Pazifik die Restriktionen durch soziale Anfeindungen. Europa und Amerika wiederum weisen die wenigsten Länder mit schwerwiegenden Beeinträchtigungen auf. Wenig spektakulär er-
scheinen Gängelung und Restriktionen im Kontext von Registrierungen und amtlichen Bestätigungen, die sich jedoch meist als nachhaltig und bedrohlich erweisen.


Die vorliegende Studie will die Solidarität unter Christinnen und Christen fördern und dazu beitragen, dass keine neuen Stereotypen und Feindbilder entstehen. Wie eingangs erwähnt, stellt Religionsfreiheit ein elementares Freiheitsrecht für alle dar, die ihren Glauben oder ihre Weltanschauung öffentlich praktizieren und für ihre Grundüberzeugungen werben. Gemäß der Einsicht von Martin Niemöller, wonach die Bedrängung und Verfolgung der einen nicht nur deren Protest, son-
D. Anhänge

(2) Niemand darf einem Zwang ausgesetzt werden, der seine Freiheit, eine Religion oder eine Weltanschauung seiner Wahl zu haben oder anzunehmen, beeinträchtigen würde.

(3) Die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu bekunden, darf nur den gesetzlich vorgesehenen Einschränkungen unterworfen werden, die zum Schutz der öffentlichen Sicherheit, Ordnung, Gesundheit, Sittlichkeit oder der Grundrechte und -freiheiten anderer erforderlich sind.

(4) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die Freiheit der Eltern und gegebenenfalls des Vormunds oder Pflegers zu achten, die religiöse und sittliche Erziehung ihrer Kinder in Übereinstimmung mit ihren eigenen Überzeugungen sicherzustellen.
Als Quellen für länderspezifische, teilweise auch thematisch gegliederte Berichte kommen folgende Einrichtungen in Frage: Staatenberichte und Parallelberichte nicht-staatlicher Akteure an die einschlägigen Vertragsorgane der Vereinten Nationen sowie deren Schlussfolgerungen und Empfehlungen\textsuperscript{97}, Länderberichte der VN-Sonderberichterstatter sowie thematische Berichte des Sonderberichterstatters zur Religions- und Weltanschauungsfreiheit\textsuperscript{98}, die Staaten-, Parallel- und Abschlussberichte zum Universal Periodic Review-Verfahren (UPR) beim VN-Menschenrechtsrat\textsuperscript{99}. Daten für Länderberichte liefern ferner die Websites von Forum 18\textsuperscript{100}, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa\textsuperscript{101}, des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte\textsuperscript{102}, Human Rights Watch\textsuperscript{103}, Amnesty International\textsuperscript{104} und die Länderberichte des US-Außenministeriums\textsuperscript{105}. Der Weltverfolgungsindex der Organisation Open Doors diente zwar nicht als Quelle für die Länderberichte, wurde aber zum Vergleich von (Trend-)Aussagen über Ländersituationen hinzugezogen.\textsuperscript{106}

Alle Einrichtungen sind geeignet, Brennpunkte thematischer wie länderspezifischer Art sowie die politisch-sozialen Milieus in den Ländern, die Dynamik und Trends der Konflikte zu identifizieren. Alle Quellen benutzen Daten zu Ereignissen, Berichten, Protokollen und Stellungnahmen und erstellen daraus ihre Gesamtübersicht. Allerdings präsentieren einige Quellen für sich genommen jeweils nur Ausschnitte, und die Berichte zivilgesellschaftlicher Organisationen folgen in der Regel in

\begin{thebibliography}{999}
\bibitem[98]{98}http://www.ohchr.org/EN/HRBodies/SP/Pages/Welcomepage.aspx.
\bibitem[99]{99}http://www.ohchr.org/EN/HRBodies/UPR/Pages/UPRMain.aspx und http://www.upr-info.org, eine NGO-Website mit systematisierten Informationen zum UPR-Verfahren.
\bibitem[100]{100}http://www.forum18.org.
\bibitem[102]{102}http://www.echr.coe.int/ECHR/EN/Header/The+Court/The+Court/The+Grand+Chamber/faq.htm.
\bibitem[103]{103}http://www.hrw.org.
\bibitem[104]{104}http://www.amnesty.org.
\end{thebibliography}
ihrer Darstellung der Sicht der Opfer. Das ist nicht falsch, bedarf aber des Korrektivs durch zusätzliche Erhebungen. Um eine qualifizierte Aussage über die Bedrängung oder Verfolgung von Christen treffen zu können, ist es daher angeraten, das Bündel der genannten Quellen für die Auswertung heranzuziehen. Von den genannten unternimmt Open Doors den Versuch, konkrete Zahlenangaben zu liefern, die jedoch Schätzwerte bleiben müssen und sich einer wissenschaftlichen Verifizierung entziehen.


Eine Indizierung der Daten umfasst drei Kategorien zur Einteilung und Spezifizierung: a) das normative Regierungsverhalten (Gesetze, politische Programme, Verwaltung) in Bezug auf religiöse Angelegenheiten und Institutionen (z. B. Schulcurriculum), b) Bevorzugsungen durch die Regierung in Form von Subventionen, Privilegien, formelle und informelle Unterstützung, begünstigende Sanktionen, Zugang zu regierungsgestützten Fonds und c) soziale, informelle Regeln zum Umgang mit religiösen Angelegenheiten wie etwa gesellschaftlich etablierte ethische Leitsätze zur (In-)Toleranz gegenüber anderen, neuen oder disidenten Religionsgemeinschaften, Möglichkeiten der faktischen Ausübung des jeweiligen Glaubens.

107 Brian J. Grim et al. (2006); Measuring International Socio-Religious Values and Conflict by Coding U.S. State Department Reports. In: Joint Statistical Meetings Proceedings / AAPOR – ASA Section on Survey Research Methods, S. 4120-4127.


Solche Details und Stichworte beleuchten aber nicht nur das methodische Vorgehen. Wie die nachfolgenden Merkmale zeigen, können sie auch in die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Glaubensgemeinschaften eingebracht werden, um Gesetzgebung, politische Programme und administrative Aktivitäten auf allen Ebenen des Staates gemeinsam auswerten zu können. Denn auch dieser Bericht hat bestätigt, dass es wiederkehrende Grundmuster von Restriktionen gibt, die nach den je verschiedenen Ursachen aufgeschlüsselt werden können. Die im Folgenden verwendete Beziffe-

110 Ibid., S. 4123 f.
rung der Kategorien stellt keine hierarchische Rangfolge dar, vielmehr hat sich gezeigt, dass unterschiedliche Formen von Behinderungen oder Diskriminierung in jeweils spezifischen Gemengelagen auftreten.\textsuperscript{114}

\textbf{Kategorie Eins:} Diskriminierung in Gesetzgebung und Ausführungsbestimmungen des Staates und seiner Verwaltung; Verstoß gegen die Aufgabe des Staates, den Umgang mit der religiösen oder weltanschaulichen Vielfalt nach fairen Prinzipien zu gestalten bzw. öffentliche Räume für alle Manifestationen religiöser oder weltanschaulicher Überzeugung in fairer, inklusiver und nicht-diskriminierender Weise zu organisieren:
- Gesetzesprojekte, die auf Diskriminierungen oder Freiheitsbeschränkungen hinauslaufen, z. B. die Verbringung in Arbeitslager
- hindernde oder einschüchternde Einmischung der Regierung oder der Verwaltung in die Ausübung der Glaubenspraxis; Behinderung der Registrierung und Strafen bei Nichterfüllung von Verwaltungsvorgaben, die nur ausgewählte Religionsgemeinschaften betreffen
- eingeschränkte Möglichkeiten der gerichtlichen Überprüfung staatlicher Maßnahmen
- formale und informelle Einschränkungen im Familienrecht, beim Erbrecht, Sorgerecht, bei Scheidung, im Steuerrecht
- Nichtzulassung zu öffentlichen Ämtern
- Verweigerung der Staatsbürgerschaft aufgrund der religiösen Zugehörigkeit

\textbf{Kategorie Zwei:} faktische oder legale Tolerierung des Staates von extremistisch auftretenden Anhängern des religiösen Mainstream, einschließlich im gesellschaftlichen Diskurs und zur Frage der Haltung gegen Dissidenten, Künstler, Wissenschaftler;

\textbf{Kategorie Drei:} Missachtung von Gewissensentscheidungen; Verbot des Religionswechsels, Unfähigkeit oder Unwilligkeit des Staates, gewissensbegründeten Handlungen eine Option anzubieten (beim Militärdienst);

\textbf{Kategorie Vier:} unbillige Beschränkungen oder Verbote, den Glauben oder die Weltanschauung öffentlich zum Ausdruck zu bringen; (Ver-)Hinderung religiöser Kult-

handlungen; vom Staat tolerierte Abgrenzungen im Binnenverhältnis zwischen religiösen (christlichen) Gemeinden zur Aufrechterhaltung von Machtgefilen;

**Kategorie Fünf:** Fragen des Eigentums; ungehemmter Zugang zu religiösen Stätten; das Verteilen religiöser Literatur oder audiovisueller Beiträge; das Verbot, Bibeln zu verteilen oder die Behinderung einer externen Finanzierung; ¹¹⁵

**Kategorie Sechs:**
- direkt geführte Angriffe gegen Anhänger einer religiösen Gemeinde oder Vertreibung von Individuen wegen ihrer Religionszugehörigkeit
- Hasspredigten
- Infragestellung der individuellen Integrität und Sicherheit
- Gewaltakte und Einschüchterungen durch Mob- oder Gruppierungen ohne angemessene staatliche Reaktion, selbst bei Folter und Mord
- Aufstachelung zum Hass gegen religiöse Dissidenten oder Minderheiten
- sektiererische Gewalt zwischen religiösen Gruppen
- religiös motivierte terroristische Gewaltakte
- Zerstörung religiöser Einrichtungen, Verwüstung von Friedhöfen
- zwangsweise Durchsetzung religiöser Normen. ¹¹⁶


D.3. Glossar: Die wichtigsten Institutionen zum Schutz der Religionsfreiheit in den Vereinten Nationen

**Menschenrechtsrat**


Die Tagesordnung des MRR besteht aus 10 Punkten:

Weitere Einzelheiten zum Rat via http://www.ohchr.org/EN/HRBodies/UPR/Pages/UPRMain.aspx.
D. Anhänge


Universal Periodic Review

Die Universal Periodic Review (UPR) untersucht in einem Intervall von viereinhalb Jahren jeden Mitgliedstaat der VN. Grundlagen der Überprüfung bilden die VN-Charta, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR), die Menschenrechtsübereinkommen, Absichtserklärungen des zu überprüfenden Staates im Rahmen seiner Kandidatur für den MRR oder anlässlich einschlägiger Konferenzen der VN sowie die Bestimmungen des humanitären Völkerrechts in Kriegsmilieus.

Der Überprüfung zugrunde liegt ein Staatenbericht von bis zu 20 Seiten sowie je 10 Seiten Zusammenfassung aus den Empfehlungen und Schlussfolgerungen der VN-Vertragsorgane (Compilation) sowie der nichtstaatlichen Akteure (Summary). Die Zusammenfassungen erstellt das Hochkommissariat für Menschenrechte.


Sonderverfahren (Special Procedures)

Die Mandatsträger der Sonderverfahren sind unabhängige Experten im Rang eines Sonderberichterstatters (Special Rapporteur), Sonderbeauftragte des VN-Generalsekretärs (Special Representative of the Secretary-General), Gesandte des VN-Generalsekretärs (Representative of the Secretary-General), unabhängige Experten (Independent Expert) sowie Experten in Arbeitsgruppen. Arbeitsgruppen setzen sich aus fünf Personen zusammen, je eine aus den Regionalgruppen. Die Mandatsträger genießen diplomatischen Status (experts on mission), arbeiten ohne Entgelt, gehören nicht zum Personalstock der VN, erhalten aber eine Entschädigung für Reisen im Rahmen ihres Mandats. Die Mandatsträger erstellen Be-

**Hochkommissariat für Menschenrechte**


**Vertragsorgane der Vereinten Nationen**

Die Vertragsorgane der Vereinten Nationen (UN Treaty Bodies) bilden ein weiteres Standbein des VN-Systems zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte. Die Verträge stellen eine Ausdifferenzierung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte dar. Die wichtigsten Vertragswerke zu den Standards des Menschenrechtsschutzes sind:

- das Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination)
• Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights)
• Internationaler Pakt über zivile und politische Rechte, auch Zivilpakt genannt (International Covenant on Civil and Political Rights)
• Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women)
• Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (Convention against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment)
• Übereinkommen über die Rechte des Kindes (Convention on the Rights of the Child)
• Internationales Übereinkommen zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen (International Convention on the Protection of the Rights of All Migrant Workers and Members of Their Families)
• Internationales Übereinkommen zum Recht der Personen mit Behinderungen (Convention on the Rights of Persons with Disabilities)
• Konvention zu erzwungenem Verschwindenlassen (Convention on enforced and involuntary disappearances).


D.4. Schaubild Religionszugehörigkeit

Zahlenvergleich zwischen Christen und wichtigen anderen Religionen (Angaben in Tausend, Jahr 2010)

<table>
<thead>
<tr>
<th>Land</th>
<th>Christen</th>
<th>Muslime</th>
<th>Ohne Religion</th>
<th>Buddhisten</th>
<th>Hindus</th>
<th>Volks-Religionen</th>
<th>Andere Religionen</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Ägyptien</td>
<td>4120</td>
<td>76990</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Äthiopien</td>
<td>52070</td>
<td>28680</td>
<td>50</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>2139</td>
</tr>
<tr>
<td>Afghanistan</td>
<td>30</td>
<td>31330</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>20</td>
</tr>
<tr>
<td>Aserbeidschan</td>
<td>280</td>
<td>8900</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Bahrain</td>
<td>180</td>
<td>890</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>120</td>
</tr>
<tr>
<td>Brunei</td>
<td>40</td>
<td>300</td>
<td>30</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>China</td>
<td>68410</td>
<td>24690</td>
<td>50</td>
<td>244130</td>
<td></td>
<td>294320</td>
<td>9080</td>
</tr>
<tr>
<td>Hongkong</td>
<td>1010</td>
<td>130</td>
<td></td>
<td>930</td>
<td></td>
<td>900</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Macau</td>
<td>40</td>
<td></td>
<td></td>
<td>320</td>
<td></td>
<td>320</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Gesamt</td>
<td>69460</td>
<td>24820</td>
<td>700680</td>
<td>245060</td>
<td></td>
<td>295540</td>
<td>9080</td>
</tr>
<tr>
<td>Eritrea</td>
<td>3310</td>
<td>1920</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Indonesien</td>
<td>23660</td>
<td>209120</td>
<td>1720</td>
<td>4050</td>
<td></td>
<td>750</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Iran</td>
<td>110</td>
<td>73570</td>
<td>110</td>
<td></td>
<td></td>
<td>150</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Jemen</td>
<td>40</td>
<td>23830</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>150</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Kanada</td>
<td>23470</td>
<td>710</td>
<td>8050</td>
<td>470</td>
<td></td>
<td>390</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Malaysia</td>
<td>2670</td>
<td>18100</td>
<td></td>
<td>5010</td>
<td>1720</td>
<td>650</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Malediven</td>
<td>&gt;10</td>
<td>310</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Myanmar</td>
<td>3750</td>
<td>1900</td>
<td></td>
<td>38410</td>
<td>820</td>
<td>2760</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Nigeria</td>
<td>78050</td>
<td>77300</td>
<td>680</td>
<td></td>
<td></td>
<td>2290</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Nordkorea</td>
<td>480</td>
<td>17350</td>
<td>370</td>
<td></td>
<td>3010</td>
<td>3130</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Philippinen</td>
<td>86370</td>
<td>5150</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>1430</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Pakistan</td>
<td>2750</td>
<td>167410</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>3330</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Russland</td>
<td>104750</td>
<td>14290</td>
<td>23180</td>
<td></td>
<td></td>
<td>310</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Saudi Arabien</td>
<td>1200</td>
<td>25520</td>
<td>180</td>
<td></td>
<td></td>
<td>310</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Sri Lanaka</td>
<td>1530</td>
<td>2040</td>
<td></td>
<td>14450</td>
<td>2830</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Türkei</td>
<td>320</td>
<td>71330</td>
<td>860</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Tunesien</td>
<td>20</td>
<td>10430</td>
<td>20</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Usbekistan</td>
<td>630</td>
<td>26550</td>
<td>220</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Vietnam</td>
<td>7170</td>
<td>160</td>
<td>26040</td>
<td>14380</td>
<td></td>
<td>39750</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Ägypten

Der Antrag wurde aus formalen Gründen abgewiesen. Das Verwaltungsgericht argumentierte, die ägyptische Verfassung garantiere die Religions- und Weltanschauungsfreiheit (Art. 46) und alle Staatsbürger hätten das Recht, sich der Religion eigener Wahl anzuschließen oder die Religion zu wechseln. Im vorliegenden Fall handele es sich jedoch um eine Beschwerde gegen eine behördliche Feststellung. Insofern sei der Vorgang keine privatrechtliche, sondern eine formalrechtliche Angelegenheit, und Letztere würde in Abwägung der Gefahren für die öffentliche Ordnung entschieden. Der Religionswechsel des Klägers habe Unruhe provoziert, was die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie den sozialen Frieden gefährde. Der Antrag sei zu Recht abgewiesen worden. Eine derartige Restriktion sei mit Artikel 18 des Zivilpakts vereinbar. Dagegen erhob Mohammed Bishoy Hegazy im März 2008 Widerspruch vor dem Obersten Verwaltungsgericht (Nr. 13040/54/2008), über den nicht entschieden wurde. Vor der mündlichen Anhörung im Februar 2010 mussten der Kläger und seine Familie untertauchen.117


den Islam also bereits die volle Religionsfreiheit praktizieren können.\textsuperscript{118}


**Indonesien**

In einigen Regionen Indonesiens wie West-Java oder Nord-Sumatra, in denen sich historisch konservative Strömungen der Koranauslegung entwickelt haben, kommt es wiederholt zu Angriffen auf christliche Gemeinden. Mit am bekanntesten ist die Yasmin-Gemeinde der Indonesischen Christlichen Kirche (Gereja Kristen Indonesia; GKI) in Bogor (Region Westjava, südlich der Hauptstadt Jakarta). Seit Jahren versucht die Gemeinde vergeblich, ihren Gottesdienst in ihrer Kirche zu feiern, obwohl das Urteil des Obersten Gerichtshofes Ende 2010 bestimmte, dass die Kirche der Yasmin-Gemeinde gebaut und genutzt werden kann, da sie über alle erforderlichen Genehmigungen verfüge. Der Bürgermeister weigert sich jedoch bis heute, den Gerichtsbeschlüssen Folge zu leisten.


\textsuperscript{118} Bericht des VN-Sonderberichterstatters mit der Dokumentnummer A/HRC/16/53/Add.1, op. cit., Absätze 85 f.

\textsuperscript{119} Ibid., Absatz 90 und 96.

Die Fallbeispiele sind so prominent geworden, weil der nationale Kirchenrat in Indonesien (Persekutuan Gereja-Gereja di Indonesia) in Kooperation mit deutschen Kirchen Informationen an die internationale Öffentlichkeit tragen kann. Eine dezidierte Stellungnahme von Kirchen in Indonesien zu erhalten, ist nicht immer einfach, da sie aus einer Minderheitenposition heraus agieren und auf eine Balance zur muslimischen Mehrheit bedacht sind. Allzu entschiedener Protest kann die informelle Streit schlichtung mit muslimischen Organisationen gefährden. Es ist also notwendig, das politische Gewicht der christlichen Kirchen international einzusetzen, damit die Religionsfreiheit in Indonesien uneingeschränkt ausgeübt werden kann.

**Kanada**


Malaysia


In Malaysia agieren zwei Rechtssysteme, wobei Scharia-Gerichtshöfe traditionell religiöse, familiäre und einige strafrechtliche Angelegenheiten in Bezug auf Muslime regeln. Zusehends überweisen jedoch zivile Instanzen Streitfälle in allen Familienangelegenheiten und bei Konversionen per se an Scharia-Gerichte, so dass die islamisch orientierte Rechtsprechung an Boden gewonnen hat. Für nichtmuslimische Religionsgemeinschaften ergeben sich in der Praxis vor allem Einschränkungen beim Kauf und Nutzen von Land und Gebäuden.\(^{124}\)


Rechtsstaates und der Hegemonisierung des Staates durch konservativ-islamische Vorgaben und Institutionen. Restriktives Regierungshandeln hat zugenommen.\footnote{125 Vgl. die Tageszeitung Kuala Lumpur Post vom 7. November 2012, Malaysia – Religious freedom was only applicable to non-Muslims, abrufbar via http://www.kualalumpurpost.net/malaysia-religious-freedom-was-only-applicable-to-non-Muslims.}

**Nigeria**


---

\footnote{128 International Crisis Group (2010): Northern Nigeria: Background to Conflict.}

**Pakistan**

D.5. Einzelfallbeispiele

on the Status of Women) hatte allerdings ergeben, dass die Anklage nur unter Druck lokaler Honoratioren zustande gekommen war und ursächlich mit persönlichen Querelen zu tun hatte.


E. Literatur


Ghanea, Nazila [Hg.] [2003]: The Challenge of Religious Discrimination at the Dawn of the New Millennium, Leiden–Boston


Grim, Brian J. / Finke, Roger / Harris, Jaime / Meyers, Catherine / Eerden, Julie van [2006]: Measuring International Socio-Religious Values and Conflict by Coding U.S. State Department Reports. In: Joint Statistical Meetings Proceedings / AAPOR – ASA Section on Survey Research Methods, S. 4120–4127


E. Literatur


Internationales Katholisches Missionswerk e. V. / Fachstelle Menschenrechte / Oehring, Otmar [Hg.]


-- (2011c): Länderberichte Religionsfreiheit: Marokko. Aachen


Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland [Hg.] (2003): Erfahrungen von Christen in verschiedenen Ländern. Eine Arbeitshilfe. EKD Texte 78 Bedrohung der Religionsfreiheit, Hannover


Taylor, William D. / Meer, Antonia van der / Reimer, Reg


E. Literatur


